



Grundsatzprogramm der LSV BS

1. Schulanfahrt / ÖPNV

- 1.1. Wir fordern, dass der Schulträger den Bedarf an den öffentlichen Nahverkehr der berufsbildenden Schulen anpasst.
- 1.2. Wir fordern, dass die Schulträger, bei der Schaffung von mehr Parkplätzen, durch die Kommunen stärker unterstützt werden.
- 1.3. Wir fordern, dass für Auszubildende keine Kosten für die Fahrt zur Berufsschule anfallen.
- 1.4. Wir fordern eine höhere Taktung von Bus und Bahn.
- 1.5. Wir fordern ein intelligentes Entschuldigungssystem für ÖPNV- bedingte Verspätungen.
- 1.6. Wir fordern eine Beschleunigung des ÖPNV.
- 1.7. Wir fordern den Ausbau des ÖPNV.
- 1.8. Wir fordern die Reaktivierung von Bahnlinien, die Schülern den Weg zur Schule vereinfachen können.
- 1.9. Wir fordern W-LAN in allen Bereichen des ÖPNV ohne Datenlimit.
- 1.10. Wir fordern beheizte Aufenthaltsräume.

2. Lebensraum Schule

- 2.1. Wir fordern finanzielle Mittel zur Förderung der freien Entfaltung der Persönlichkeit aller Schüler durch einen kreativ, individuell gestalteten Lebensraum Schule.
- 2.2. Wir fordern zur Erfüllung des Punktes 2.1., eine vielfältige Anzahl von Arbeitsgemeinschaften zur Steigerung der Motivation der Schüler und für einen konstruktiven Schultag, bei Bedarf.
- 2.3. Zur Gewährleistung der Forderungen 2.1. und 2.2., fordern wir gut strukturierte Institutionen mit SV-Räumen, Ruhebereichen, Schließfächern und gesunder Ernährung durch Mensen an allen berufsbildenden Schulen.
- 2.4. Wir fordern, um alle Schüler der berufsbildenden Schulen auf ihren späteren beruflichen Alltag vorzubereiten, spezielle Projekte und Praktika in der entsprechenden Fachrichtung, zur Verfügung zu stellen.

3

LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017

- 2.5. Wir setzen uns für die Durchsetzung des Menschenrechtes Inklusion ein.
- 2.6. Wir fordern stärkere und allumfassende Informationen an berufsbildenden Schulen über die Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen.
- 2.7. Wir fordern, dass jede berufsbildende Schule eine transparente Beratungsstelle hat, welche die Schüler in allen Fragen zu den Themen Leistungsorientierung und Selbstständigkeit ansprechen können.
- 2.8. Wir fordern, die Qualität in Schulen im Hinblick auf die Ausstattung, um ergonomisches Mobiliar zu erweitern, welches in regelmäßigem Zeitraum auf die Effizienz überprüft wird.
- 2.9. Wir fordern die Kommunikation auf allen schulischen Ebenen zu optimieren. Informationen, die die jeweiligen Beteiligten betreffen, müssen verpflichtend weitergegeben werden.
- 2.10. Wir fordern, dass die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte zum Wohl der Schüler angewendet wird.
- 2.11. Wir fordern, dass Lehrkräfte, die gegen die freiheitliche, demokratische Grundordnung verstoßen, bzw. verfassungswidrig handeln, nach rechtlicher Prüfung vom Schuldienst zu suspendieren sind. Wir fordern diesbezüglich eine erhöhte Sensibilisierung der Schulträger.





Grundsatzprogramm der LSV BS

2.12. Wir fordern eine Informationspflicht ab Klassenstufe 8 über alle aktuellen Ausbildungsangebote aller Berufsbildenden Schulen des Landes.

2.13. Wir fordern die aktuellen Ausbildungsangebote über ein Internetportal zugänglich zu machen und auf den Webseiten der einzelnen Schulen zu bewerben.“

2.14. Wir fordern, dass sich das Land, die Kreise und die Schulen, für eine gesteigerte Aufklärung und Ausbildung im Erste Hilfe Bereich sowie der medizinischen Notfallversorgung. Selbiges gilt für die Ausstattung.

3. Schülervertretung (SV)

3.1. Wir fordern die Änderung des Musterstatuts dahingehend, dass sich alle Schüler in die SV wählen lassen dürfen. Wählen dürfen sollten bei der Wahl der SV nur die Klassensprecher.

3.2. Wir fordern das für Bildung zuständige Ministerium in Schleswig Holstein auf, klare Aussagen darüber zu treffen, welche Kosten der SVen von den Schulträgern übernommen werden müssen.

3.3. Wir fordern, dass Landesschülerparlamentsdelegierte oder LaVo`s von ihren Arbeitgebern freigestellt werden müssen.

3.4. Wir fordern mehr Unterrichtsbefreiung für die Basis der Schülervertretung.

4

LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017

3.5. Wir fordern, dass die Schülervertretungen der Regionalen Bildungszentren (RBZ) ein Antrags-, Rede- und Stimmrecht im Verwaltungsrat bekommen.

3.6. Wir fordern die Bereitstellung einer stellvertretenden Verbindungslehrkraft (LVL).

3.7. Wir fordern, dass die Landesschülervertretung an der Planung und Gestaltung des „SHIBB – Institut für Berufliche Bildung Schleswig- Holstein“ beteiligt wird.

4. Förderung der Kreisschülervertretungen (KSV)

4.1. Wir fordern in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine Kreisschülervertretung.

4.2. Wir fordern das Land, die Kreise und kreisfreien Städte auf, die Kreisschülervertretungen kommunalpolitisch zu fördern.

5. Unterrichtsqualität

5.1. Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Quereinsteiger, eine adäquate, pädagogische und medial technische Vorbereitung auf den Schuldienst bekommen.

5.2. Wir fordern, dass Lehrkräfte durch Schüler evaluiert werden und Konsequenzen aus diesen Ergebnissen gezogen werden. Konsequenzen sind, neben anderem, Transparenz und Vorlage bei der Schulleitung.

5.3. Wir fordern, dass ein unangemeldeter Schul- TÜV eingeführt wird, der Schulen unabhängig auf ihre Qualität prüft und Ergebnisse transparent der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

5.4. Wir fordern, dass Lehrkräfte ausschließlich in ihrer Fakultä eingesetzt werden. Ausgeschlossen davon sind Vertretungsstunden und unterstützende Lehrkräfte.

5.5. Wir fordern regelmäßige, pädagogische und fachliche Fortbildungen für alle Lehrkräfte, für die die anfallenden Kosten übernommen werden.

5.6. Wir fordern ausreichende Mittel für die Unterrichtserfüllung von 100 %.

5.7. Wir fordern, die Anpassung der Lehrmittel und des Unterrichts an das moderne Medienzeitalter.

5

LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017



Grundsatzprogramm der LSV BS

6. Zentralisierung

- 6.1. Wir fordern, dass Bildungspolitik bundesweit einheitlich geregelt wird.
- 6.2. Wir fordern die gleichen, zentralen Prüfungen für berufsbildende und allgemeinbildende Abschlüsse.
- 6.3. Wir fordern, dass alle Schüler in Schleswig-Holstein einen mittleren Bildungsabschluss (MBA) - Prüfung ablegen.
- 6.4. Wir fordern bundesweit einheitliche Bewertungsmaßstäbe nach dem %-System.

7. Unterricht/Lehrgrundlagen

- 7.1. Wir fordern, dass der Klassenteiler um 20% - 40% reduziert wird. Das Personal muss dadurch entsprechend aufgestockt werden.
- 7.2. Wir fordern Bund und Land auf, Berufsschülern, die aufgrund des Ausbildungsberufes einen entsprechend langen Schulweg haben, sozialen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- 7.3. Wir fordern die finanzielle Gleichstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen in vergleichbaren Fachrichtungen.
- 7.4. Wir fordern eine allgemeingültige Definition des Begriffes „Unterricht“.
- 7.5. Wir fordern, dass der Religionsunterricht alle Konfessionen gleichermaßen vermittelt und dabei Verknüpfungen zwischen den Weltreligionen behandelt werden.
- 7.6. Wir fordern weitere Präventionsmaßnahmen, um Punkt 7.5 zu unterstützen und religiösen Ausgrenzungen entgegenzuwirken.
- 7.7. Wir fordern, dass Referate (Einzel- und Gruppenvorträge über 10 Minuten) nicht am selbigen Tag eines schriftlichen Leistungsnachweises stattfinden dürfen.
- 7.8. Wir fordern eine faire und einheitliche Fehlzeitenregelung.
- 7.9. Wir fordern den Erhalt aller Beruflichen Gymnasien.
- 7.10. Wir fordern, dass Klausuren anonym geschrieben werden sollen.
- 7.11. Wir fordern klare, präzise Regelungen von Praktika in der Berufsschule. Diese sollen gesetzlich verankert werden.
- 7.12. Wir fordern, den EVA/EVU (Eigenverantwortliches Lernen im Unterricht) - Unterricht

6
LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017
abzuschaffen.

- 7.13. Wir fordern bei der Benotung von Gruppenarbeiten eine grundsätzliche Wahlmöglichkeit aller Gruppenmitglieder zur Gruppen- oder Einzelbewertung.
- 7.14. Wir fordern, dass in jedem Schuljahr durchgängig politisch bildender Unterricht stattfindet.
- 7.15. Wir fordern, dass es eine einheitliche Regelung bezüglich des Nachteilsausgleiches an allen berufsbildenden Schulen geben soll.

8. Lehrmittel und Lehrpraktiken

- 8.1. Wir fordern einen praktisch orientierten Unterricht.
- 8.2. Wir fordern, dass die Lehrmittelfreiheit umgesetzt wird.
- 8.3. Wir fordern landesweit angeglichenen Lehrmittel.
- 8.4. Wir fordern die Aktualisierung aller Lehrpläne. Besonderes Augenmerk ist hier auf die Anpassung an die aktuellen Prüfungsstandards zu legen.
- 8.5. Wir fordern, dass zu Beginn jedes Schuljahres, die Schüler durch die Lehrkräfte über ihnen





Grundsatzprogramm der LSV BS

zustehende Leistungen beraten werden.

8.6. Wir fordern, dass die LSV sich dafür einsetzt, dass die Schüler von beruflichen Gymnasien nach dem Ablegen der Abiturprüfungen in gleicherweise, wie die der allgemeinbildenden Schulen, befreit werden.

9. Inklusion

9.1. Wir fordern, Schule inklusiv zu gestalten.

9.2. Wir fordern, dass Schule barrierefrei gestaltet wird.

9.3. Wir fordern, dass das Thema Inklusion im Schulunterricht behandelt wird.

9.4. Wir fordern, dass Workshops und Seminare zum Thema Inklusion in Schulen durchgeführt werden.

9.5. Wir fordern, dass die Zugangsberechtigungen schulischer Bildung für Geflüchtete vereinfacht werden und auch junge Geflüchtete über das 18. Lebensjahr hinaus Schulbildung erhalten können.

9.6. - Wir fordern, dass Schüler mit Beeinträchtigungen und besonderen Begabungen angemessen in der Bewertung und Unterrichtsgestaltung berücksichtigt werden.

9.7. - Wir fordern, dass alle zulässigen Nachteilsausgleiche zum Schuljahresbeginn transparent gemacht werden müssen.

7

LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017

9.8. - Wir fordern, dass Teilleistungsstörungen- und schwächen (z.B. LRS oder Dyskalkulie) bis zum Ende der Schullaufbahn getestet werden dürfen und anerkannt werden müssen.

9.9. - Wir fordern eine an der individuellen Beeinträchtigung ausgerichtete Wahlmöglichkeit für den jeweiligen Nachteilsausgleich.

10. Finanzierung

10.1. Wir fordern, dass ein Bürokratieabbau im Hinblick auf Antragsstellung und -bearbeitung von zustehenden Leistungen (BAB, BAföG) gefördert wird.

10.2. Wir fordern, dass BAB und BAföG elternunabhängig und auch aus sozialen Gründen bewilligt wird.

10.3. Wir fordern, dass Unterbringungen in der Berufsschule, sofern diese für die Auszubildenden notwendig sind, kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

10.4. Wir fordern, dass die Einkommensberechnung beim BAföG geschwisterunabhängig erfolgt.

10.5. Wir fordern, dass die Leistung „Bildung und Teilhabe“ für alle Schüler*innen geöffnet wird und die Altersbegrenzung abgeschafft wird.

10.6. Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung.

10.7. Wir fordern eine gesetzliche Mindest- / Grundvergütung der Praktika.

11. BNE - Bildung für Nachhaltige Entwicklung

11.1. Wir fordern die Stärkung einer umweltschonenden Schulanfahrt. Dies u.a. mit Hilfe von Individualverkehrsmitteln und dem ÖPNV.

11.2 Wir fordern einen Ausbau der Elektromobilität, insbesondere im Bezug auf den ÖPNV.

12. Förderung und Festigung geschlechtergerechter Bildung und Erziehung

12.1. Wir fordern, dass der allgemeine Schulalltag für genderqueere Personen ohne Benachteiligungen gestaltet wird.





Grundsatzprogramm der LSV BS

12.2. Wir fordern, das Bewusstsein für die biologischen, psychologischen und sozial-kulturellen Aspekte von Geschlecht in der Gesellschaft zu stärken.

12.3. Wir fordern diesbezüglich, Benachteiligungen aufgrund von Ausstattung abzubauen.

12.4. Wir fordern diesbezüglich, Benachteiligungen in der Schule durch stärkere Sensibilisierung abzubauen.

LSV BS S-H Grundsatzprogramm letzte Änderung 21.11.2017

abzubauen.

12.5. Wir fordern diesbezüglich, geschlechtergerechte Bildung und Erziehung zu fördern und damit verbundene Identitätskonflikte abzubauen.

13. Digitalisierung

13.1. Wir fordern, dass an allen Berufsbildenden Schulen das „Handyverbot“ gekippt wird. Jede Schule sollte ein Konzept zu „BYOD – Bring your own device“ erarbeiten.

13.2. Wir fordern, dass Schulen keine Nutzerdaten im W-Lan sammeln dürfen.

14. Politische Bildung

14.1. Wir fordern die Schaffung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung (EZPB).

14.2. Wir fordern, dass aktuelle Themen und Hintergründe vermehrt aktiv in den Gemeinschaftskunde/ Wirtschaft - und Politikunterricht mit eingebunden werden.

14.3. Wir fordern, dass Schulen verstärkt zur Aufklärung bzgl. § 130 StGB (Volksverhetzung) beitragen.

14.4. Wir fordern, dass der Beutelsbacher Konsens umgesetzt wird.

14.5 Wir fordern die Einrichtung des Faches Politikunterricht.

15. Praktika

1. Wir fordern, die Ferienzeiten während der Ausbildung bei Praktika zu berücksichtigen und ggfs. nachholen zu können.

2. Wir fordern eine freie Wahl der Praktikumsstelle während der Ausbildung.

3. Wir fordern eine Übernahme aller Kosten (u.a. Fahrtkosten und Material) der Pflichtpraktika im Rahmen der Ausbildung.

Das Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen S-Hv

i.A. des Landesvorstandes

Sebastian Enderlein (Stellv. Landesschülersprecher LSV BS)

9